

Ein Ort von Weltgeltung

Staatsministerin Monika Grütters über die Baustelle Berlin, NS-Raubkunst und den Run auf deutsche Museen

Frau Staatsministerin, lassen Sie uns über die größte Kulturbaustelle der Republik reden, das Humboldtforum in Berlin. Für das teilweise wieder aufgebaute Schloss ist am 12. Juni Richtfest, aber keiner weiß so recht, was einmal darin zu sehen sein soll. Sie?

Monika Grütters: Ach, es ist das ambitionierteste und auch schönste Kulturprojekt der letzten Jahrzehnte. Die Akteure werden sich dort wie Kuratoren betätigen und aus einer globalen Perspektive ganz neue Kulturexperiences ermöglichen. Die Konzepte liegen vor und werden jetzt verfeinert. Ich bin zuversichtlich, dass wir die Hoffnungen der Öffentlichkeit, die mit dem Humboldtforum einhergehen, erfüllen können. Es ist doch ermutigend, dass Deutschland auf den zentralen Platz der Republik kein Einkaufszentrum oder eine Tiefgarage, sondern eine visionäre Kulturstätte setzt. Im Übrigen liegen wir, was Baukosten und -fortschritt betrifft, im Plan.

Es soll ein „Weltort“ für die europäische und außereuropäische Kunst und Kultur entstehen. Das klingt doch sehr schwammig.

Mich bekümmert dieser Eindruck auch, aber man muss fair sein: In den vergangenen Jahren stand das Baugeschehen im Vordergrund. Dass der Hunger auf die tragende Idee jetzt wächst, ist ein positiver Prozess.

Soll es ein Forum der Zurschaustellung von Objekten werden oder vielmehr ein Ort der Debatte?

Es wird im Humboldtforum keine statische Kunstpräsentation geben. Die außereuropäischen Sammlungen werden mit ihren Spitzenexponaten der Anlass für Diskurse. Denken Sie an das Haus der Kulturen der Welt, es beherbergt keine eigene Sammlung, aber mit seinem diskursiven Charakter könnte es Pate stehen - erweitert um neue interdisziplinäre Formate.

Gibt es Vorbilder?

Gerade nicht. Einen wichtigen Schritt in Richtung moderner Kunstvermittlung ging seinerzeit das Centre Pompidou in Paris. Jetzt gehen wir den nächsten. Und urplötzlich will sich auch Berlin mit einer stadtgeschichtlichen Ausstellung einbringen.

Was halten Sie davon?

Wichtig ist, dass sich die drei Akteure - Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Humboldt Universität und das Land Berlin - zu Gunsten einer übergreifenden Idee verständigen. Statt der alten Berliner Nachlässigkeit jetzt der neue Ehrgeiz - das finde ich gut. Aber es darf kein verengter Blick auf Berliner Eigenheiten sein.

Entscheidend für das Gelingen wird die Intendanz sein. Sie bemühen sich sehr um Neil MacGregor, Direktor des British Museum in London.

Ich kann jetzt nur so viel sagen: Wir machen gute Fortschritte. MacGregor bekam ja viel Aufmerksamkeit durch seine superbe Deutschland-Ausstellung, in der er den Briten, aber auch uns Deutschen unsere Geschichte erklärte. Dass er eine gute Wahl wäre, steht für mich außer Frage.

Auch Martin Roth, derzeit Chef des Victoria and Albert Museum in London, könnte man sich als Intendanten vorstellen.

Selbstverständlich. Wie gesagt, es wird verhandelt.

Roth ist begeistert davon, dass die großen Museen in London kostenfrei sind. Eine Idee, für die Sie sich erwärmen könnten?

Das ist natürlich spannend. Andererseits kosten in London die Sonderausstellungen sehr viel, zum Teil 30 Euro.

Der Eintritt im British Museum für die Germany-Schau betrug 10 Pfund ...

Okay, aber wir haben das geprüft und sind zu dem Schluss gekommen: Die Häuser benötigen diese Einnahmen. Dennoch bin ich eine leidenschaftliche Museumsfreundin, sie sind unsere demokratischsten Orte. Die deutschen Museen haben zehnmal so viele Besucher wie die Fußball-Bundesliga in einer Saison. Die Eintrittspreise scheinen also keine echte Barriere zu sein.

Sie sagten, das Schloss liege, was die Baukosten anbelangt, im Plan. Beim Neubau der James-Simon-Galerie auf der Museumsinsel und bei der Sanierung der Staatsoper laufen Ihnen dagegen die Kosten davon. Macht Ihnen das Sorgen?

Allerdings. In beiden Fällen ist wohl vor allem der problematische Berliner Erdboden der Grund. Das Eingangsgebäude für die Museen wird ja quasi ins Wasser gestellt. Umso erfreulicher, dass der Architekt David Chipperfield direkt nebenan mit dem Neuen Museum nicht nur im Kosten-, sondern auch im Zeitplan geblieben ist. Ihn haben wir jetzt für die Sanierung der Ikone Mies van der Rohes, für die Neue Nationalgalerie, auserkoren.

Und dieses Haus bekommt einen Erweiterungsbau, für den Sie bei Finanzminister Schäuble 200 Millionen ergattert haben.

Das war harte Überzeugungsarbeit beim Finanzministerium, und der Haushaltsausschuss im Bundestag hat mitgezogen. Auch die Haushälter teilten die Einsicht, dass in der Kunstgeschichte das 20. Jahrhundert als das große deutsche Jahrhundert angesehen werden kann - von der Brücke bis Beuys. Wir möchten schon in diesem Frühjahr den Ideenwettbewerb für den Bau ausschreiben.

Ein anderes Thema, das Sie seit dem Fall Gurlitt maßgeblich beschäftigt, ist die Restitution von Raubkunst aus der Nazi-Zeit. Die ersten Werke aus dem Gurlitt-Schatz sollen jetzt zurückgegeben werden. Kritiker sagen: viel zu spät.

Dazu sage ich ganz deutlich: Es geht ausschließlich um Restitution - ohne Wenn und Aber. Wir haben eine international besetzte hochkarätige Taskforce. Diese reagiert umgehend und zielgerichtet, wenn sich ein möglicher Anspruchsteller gemeldet hat. Das ist aber seltener der Fall, als in der Öffentlichkeit bekannt ist. Zudem ist es sehr kompliziert, das Schicksal eines Bildes und seines Eigentümers schlüssig aufzuarbeiten, umso mehr, wenn es so lange „verschollen“ war wie hier. Erst wenn wir eine Vorstellung haben, wem ein Werk gehören könnte und diese Familie identifizierbar ist, beginnt ein mühsamer Restitutionsprozess.

Der ehemalige Anwalt von Cornelius Gurlitt wirft Ihnen vor, wichtige Dokumente aus dem Nachlass nicht ausgewertet zu haben.

Es geht um 17 Kisten mit Dokumenten. Diese wurden nach dem Tod von Herrn Gurlitt dem Nachlasspfleger nicht übergeben und standen deshalb bis Mitte März der Taskforce nicht für eine wissenschaftlich fundierte und rasche Auswertung zur Verfügung. Der Betreuer von Herrn Gurlitt hätte die Unterlagen dem Nachlasspfleger sofort nach dem Tod Gurlitts übergeben müssen.

Er behauptet, er habe sie angeboten.

Es geht nicht um schwammige „Angebote“, sondern um Handeln, wie es das Recht vorsieht.

Kritisiert werden Sie auch von den Filmschaffenden des Landes, weil Sie den Filmförderfonds um zehn Millionen Euro auf 50 Millionen gekürzt haben.

Von einer Kürzung kann nur sprechen, wer vorher ein festgelegtes Maß hatte. Tatsache ist, dass ich bei Amtsantritt einen auf 30 Millionen Euro reduzierten Ansatz vorfand, der bis 2018 sogar auf null hätte abgesenkt werden sollen. Man war der Meinung, Filmförderung sei Ländersache und zudem Wirtschaftsförderung. Nach langen Verhandlungen haben wir uns darauf geeinigt, dass es 50 Millionen im Jahr sind, diese aber dauerhaft. Der DFFF muss jetzt nicht mehr alle zwei Jahre neu verhandelt werden.

Eigentlich müsste also Wirtschaftsminister Gabriel das Geld zur Verfügung stellen?

Herr Gabriel hat uns Anfang Dezember, nach dem Haushaltsbeschluss, wissen lassen, dass auch er zehn Millionen für den Filmbereich zur Verfügung stellen will. Das ist jedoch für sein Haus haushaltstechnisch schwierig.

Also wird es künftig wieder 60 Millionen geben?

Nicht für den Filmförderfonds DFFF. Der Wirtschaftsminister sucht wohl einen anderen Ansatz. Aber nun tun Sie bitte nicht so, als würde der deutsche Film lediglich diese 50 Millionen Euro vom Staat erhalten. Allein aus meinem Ressort kamen im vergangenen Jahr 100 Millionen Euro, etwa für Drehbuchförderung oder für Festivals, von der Berlinale bis zum Leipziger Dokumentarfilmfestival. Insgesamt gibt es 350 Millionen Euro aus staatlicher Hand.

Die deutsche Filmbranche befürchtet, dass mit der Kürzung des DFFF künftig ausländische Großproduktionen nicht mehr in Deutschland gedreht werden.

Großproduktionen werden doch auch jetzt realisiert. Um weitere in deutsche Studios zu holen, sollte man vielleicht eher über eine gezielte Förderung der Standorte wie Babelsberg nachdenken. Das allerdings ist vor allem Sache der Länder Berlin und Brandenburg.

Nutzen Sie Ihren Einfluss denn auch, um durchzusetzen, dass der deutsche Film im Fernsehen prominenter gezeigt wird?

Ja, ich spreche mit den Intendanten darüber, mehr Sendeplätze für Kinofilme zu schaffen. Ich finde durchaus, dass sie zu wenig anspruchsvolle Spielfilme und Dokumentationen im Programm haben. Aber da der Bund auch hier nicht allein verantwortlich ist, kann ich es nur anregen, nicht durchsetzen.

Erschienen: Fokus, 04. April 2015.